

Luzerner Zeitung



Fabio Celestini
Der Trainer erleidet mit dem
FC Luzern einen Rückschlag
in Genf. 27

Montag, 8. Februar 2021

AZ 6002 Luzern | Nr. 31 | Fr. 3.50 | € 4.- | luzernerzeitung.ch

Schweiz unter Zugzwang

Die Nachbarländer führen biometrische Personalausweise ein. Bereits in zwei Jahren könnte es so weit sein.

Othmar von Matt

In den letzten Jahren galt sie als Tabu: eine neue Identitätskarte (ID) mit elektronischem Chip, der biometrische Daten wie Fingerabdrücke und Bilder speichert. Zwar hatte der Bundesrat 2011 eine solche angekündigt. Das Vorhaben schien allerdings sanft zu entschlafen. 2018 bestätigte das Bundesamt für Polizei (Fedpol) gegenüber dieser Zeitung, eine neue Identitätskarte werde ohne elektronischen Chip eingeführt – und zwar bis ins Jahr 2021.

Die Macht des Faktischen scheint ein Umdenken beim Fedpol zu bewirken. «Der Chip wird in den umliegen-

Luzerner Unternehmer sind betreffend E-ID uneins

Gegen die nationale E-ID-Vorlage formiert sich im Kanton Luzern Widerstand. Unternehmer wie Digitalisierungsexperte Kevin Klak befürchten, dass Firmen, die E-IDs verwalten, sensible Daten zweckentfremden könnten. Ähnliche Argumente führt der Grüne Nationalrat Michael Töngi ins Feld. Für die Vorlage ist hingegen Adrian Derungs, Direktor der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz, genauso wie die Luzerner Regierung. (rt/avd) 15

den Ländern eingeführt», sagt Catherine Maret, Kommunikationschefin des Fedpol. «Denkbar wäre deshalb, dass es in Zukunft eine ID ohne Chip gibt und eine mit Chip.»

Der Trend in Europa geht zum Personalausweis mit Chip

Offiziell ist der Chip zwar noch nicht Bestandteil der grundlegenden Erneuerung der Identitätskarte. Dieses Projekt sei gestartet worden, sagt Maret. Bis wann sie vorliegt, sei noch unklar. Hinter den Kulissen ist die Rede von 2023. In der EU geht die Entwicklung deutlich in Richtung biometrischem Personalausweis. Deshalb macht sich auch

das Fedpol Überlegungen. Es möchte verhindern, dass Schweizer Bürger mit der ID nicht mehr in EU-Staaten reisen können. Da das Ausweisesgesetz vorschreibt, Schweizer Bürgerinnen müssten eine ID ohne Chip erhalten können, erwägt es eine Doppel-Strategie: eine ID ohne und eine ID mit elektronischem Chip mit Fingerabdruck-Daten.

Eine ID mit Chip könnte auch wichtig werden, sollte die Bevölkerung das Gesetz über die elektronische Identität (E-ID) am 7. März ablehnen. Eine Machbarkeitsstudie des Fedpol zeigte schon 2013, dass eine staatliche E-ID über den Chip des biometrischen Passes machbar ist. 4

Kommentar

Der Erfolg bringt Druck

Das gab es seit Jahrzehnten nicht mehr: Die Schweizer Skifahrerinnen und Skifahrer haben an der heute in Cortina d'Ampezzo beginnenden Ski-WM Medaillenchancen in jeder Disziplin. Prognosen gibt Swiss-Ski zwar offiziell schon länger keine mehr bekannt, doch sollten diese Titelkämpfe in Italien nicht zum Erfolg werden, es wäre eine Enttäuschung.

In der vergangenen Saison wurden die Schweizerinnen und Schweizer nach langen 31 Jahren endlich wieder die Skination Nummer eins. Und auch in diesem Winter liegt Swiss-Ski in der Nationwertung klar in Führung. Es war schon lange der Anspruch des Verbandes, den ewigen Rivalen Österreich zu überholen. Nun, da dies geglückt ist, muss an der WM die Bestätigung folgen. Mindestens acht Medaillen, und damit eine mehr als vor vier Jahren an der Heim-WM in St. Moritz, sollten es schon werden.

In der Vergangenheit gelang es den Schweizerinnen und Schweizern immer wieder, an Titelkämpfen zu überzeugen und damit Schwächen zu kaschieren. Heute ist der Verband so gut aufgestellt wie seit vielen Jahren nicht mehr. Das Gefüge stimmt auf allen wichtigen Positionen – von der Führung über die Trainer und Betreuer bis hin zu den Athletinnen und Athleten. Das Resultat spiegelt sich auf der Piste. In 49 Weltcuprennen standen 38-mal Schweizerinnen und Schweizer auf dem Podest. Das sind eindrucksvolle Zahlen. Doch es erhöht den Druck für die WM. Die Zuversicht ist gross, dass es gut kommen wird.



Martin Probst
martin.probst@chmedia.ch

Kehrtwende bei Schulraumplanung

Adligenswil Die Schulraumplanung der Gemeinde Adligenswil wird überarbeitet. Grund dafür ist der Spardruck, unter dem die Gemeinde steht. Um sich nicht zu stark zu verschulden, soll der neue Schulraum in Etappen erstellt werden. Ursprünglich wollte die Gemeinde die Schulanlage Kehlhof aufgeben. Stattdessen soll dort nun ein Neubau erstellt werden. (bev/hb) 17

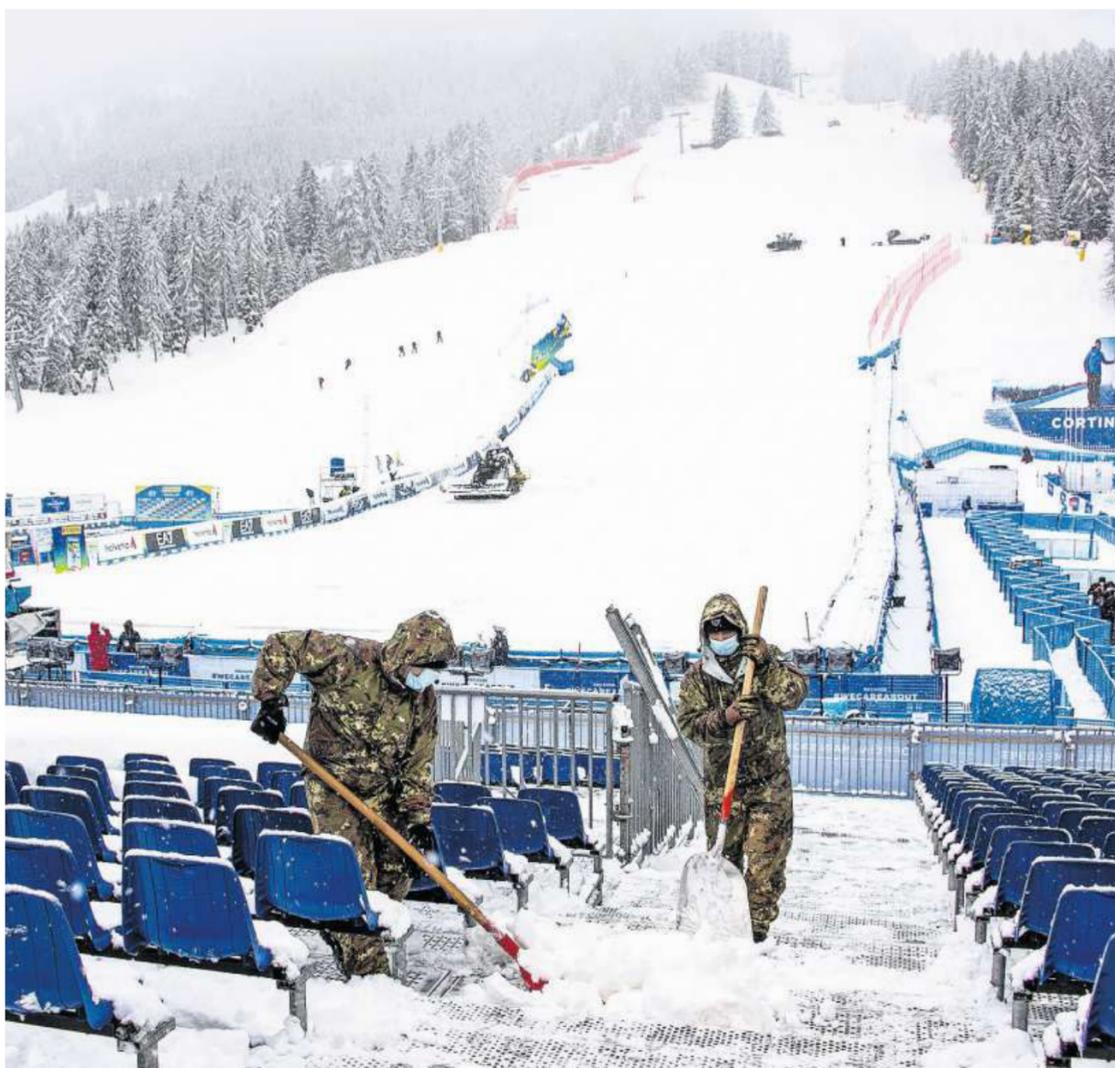
Firmenexistenz steht auf der Kippe

Eschenbach Die Gemeinde will eine Arbeitszone im Gebiet Höndlen in die Landwirtschaftszone auszonieren. Das Stimmvolk hatte der Arbeitszone 2013 zugestimmt, um der Thomas Estermann AG den Umzug in ein zonenkonformes Areal zu ermöglichen. Doch Eigentümer und Behörden erzielten keine Einigung. Nun äussert sich der betroffene Lohnunternehmer. (rt/rbi) 18

Initiative entzweit Feministinnen

Burkaverbot Die Diskussionen um das Burkaverbot, über das am 7. März abgestimmt wird, verlaufen nicht nach den gängigen Parteilinien. Auch die Feministinnen sind gespalten. So haben sich prominente Frauenrechtlerinnen für die Initiative ausgesprochen, die feministische Bewegung sowie das Frauenstreik-Kollektiv sind aber klar gegen die Vorlage. (chm) 5

Nasser Start in die Ski-WM



Heute soll in Cortina d'Ampezzo die Ski-WM mit der Kombination der Frauen beginnen. Es sollen Schweizer Festspiele werden. Noch aber dominieren Schnee und Regen. *Kommentar 5. Spalte 28*

Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone (Cortina d'Ampezzo, 7. Februar 2021)



ANZEIGE

lernwerkstatt
Coach werden 30 Kursorte
www.coach-werden.ch

Elektronische ID spaltet Wirtschaft

Ein neues Bundesgesetz soll die Grundlagen für einen digitalen Identitätsausweis schaffen. Im Kanton Luzern formiert sich Widerstand.

Alexander von Däniken

Können Sie sich ausweisen? Auf diese Frage wird heutzutage wie selbstverständlich die ID, der Führerausweis oder der Swisspass gezielt. Anders sieht es im Internet aus. Hier fehlt ein digitaler, amtlicher Ausweis. Das will der Bund nachholen. Mit dem «Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste» sollen die Grundlagen für eine E-ID geschaffen werden. Am 7. März stimmt das Schweizer Stimmvolk darüber ab.

Die Nutzung der elektronischen ID soll freiwillig sein. Wer will, kann den amtlich geprüften Datensatz für die Bestellung amtlicher Dokumente oder das Einreichen der Steuererklärung verwenden. Für die Abstimmung gesorgt hat ein Referendum durch ein überparteiliches Komitee. Dessen Hauptkritik: Anders als physische Pässe und Identitätskarten sollen nicht die staatlichen Passbüros die E-ID herausgeben, sondern private Unternehmen. Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick in den Kanton Schaffhausen: Dort ist bereits eine staatliche, smartphonebasierte E-ID im Einsatz. Zug hat eine ähnliche Lösung.

Gegner warnt vor Datenmissbrauch

Zu den Gegnern der nationalen E-ID-Vorlage gehören einige Unternehmer aus dem Kanton Luzern, so auch Digitalisierungsexperte Kevin Klak. Der Luzerner unterstützt als «Digi-

talrat» mit seiner Firma diverse Unternehmen bei der digitalen Transformation. Klak stört an der Abstimmungsvorlage, dass sich der Staat in die zweite Reihe stellt: «Abgesehen davon, dass die E-ID im Moment noch nicht als Reisedokument eingesetzt werden soll, handelt es sich doch um einen digitalen Identitätsnachweis mit sensiblen und schützenswerten Daten.»

Die Daten könnten von Firmen, welche die E-IDs herstellen und verwalten, in neuen Geschäftsmodellen zweckentfremdet werden: «Schliesslich werden Daten bis zu sechs Monate gespeichert, Nutzerprofile dürfen erstellt werden und die Datenbearbeitung durch Dritte ist laut Datenschutzgesetz ausdrücklich erlaubt.» Grundsätzlich komme als Anbieter jede Firma in Frage, auch Google oder Facebook. Womit Klak ein weiteres Risiko anspricht: Die E-ID dürfen mehrere Firmen, Gemeinden oder Kantone anbieten, was nur funktioniert, wenn die Firmen untereinander Daten austauschen. Die beste Lösung wäre also eine Bundeslösung – wobei die Verwaltung als einzige Herausgeberin der E-ID auftritt und die Systementwicklung durchaus an ein Schweizer Unternehmen ausgelagert könnte. So funktioniere das bereits bei Banknoten und Pass.

Die aktuelle Gesetzesvorlage schliesse dies explizit aus. «Der Bund verfügt durchaus über das Know-how. Und die Bürger hätten die Garantie, dass

«Es handelt sich um hochsensible Daten.»



Michael Töngi
Nationalrat Grüne

mit Ihren Daten vorsichtig umgegangen wird. Schliesslich ist E-Government eine Kernkompetenz der Behörden und darf nicht als Geschäftsmodell für private Unternehmen missbraucht werden.» Klak betont, dass er aus geschäftlicher Sicht durchaus für die jetzt vorliegende Lösung sein könnte; immerhin hätte er so mehr potenzielle Kunden, die er im Umgang mit den Daten beraten könnte. «Aber die gesellschaftliche Sicht ist wichtiger und nachhaltiger.»

Befürworter befürchtet Rückstand der Schweiz

Die Bedenken der Abstimmungsgegner kann Adrian Derungs nicht nachvollziehen. Er

«Es wäre das Schlimmste, aus Angst nichts zu tun.»



Adrian Derungs
Direktor IHZ

ist Direktor der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ), welche sich für die E-ID-Vorlage ausspricht. «Seit fast 20 Jahren diskutieren wir in der Schweiz über eine digitale ID – jetzt liegt ein breit abgestützter Kompromiss vor», sagt Derungs. Schon jetzt sei die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern bei der Digitalisierung im Hintertreffen. Das habe alleine schon die Pandemie gezeigt, bei der vor einem knappen Jahr noch Daten per Fax ans Bundesamt für Gesundheit geschickt worden seien. «Wir müssen jetzt vorwärtskommen!»

Dass die vorliegende Lösung zu unsicher sei, weil private Unternehmen als Provider auf-

treten werden, lässt Derungs nicht gelten: «Der Bund behält die Hoheit über die Daten und führt die Register. Auch obliegt ihm die Kontrolle über die Provider.» Sollte ein Unternehmen die Standards brechen, «dann wird es auch nicht mehr als Provider berücksichtigt». Den Vorschlag, der Bund soll eine Firma als Provider bestimmen, sieht Derungs skeptisch. Denn dadurch habe das Unternehmen eine Monopolstellung mit allen möglichen Nachteilen für die Gesellschaft: Das Produkt würde teurer werden, die Effizienz lasse nach und die Sicherheit sei wegen des auf eine Firma begrenzten Know-hows schlechter als bei mehreren Mitbewerbern.

Regierungsrat und meiste Bundesparlamentarier dafür

Derungs ist sich bewusst, dass die geplante E-ID nicht 100-prozentig sicher ist. «Vollumfängliche Sicherheit ohne Risiken gibt es weder in der Informatik noch in der realen Welt. Aber mit dem Gesetz sowie organisatorischen und technischen Vorkehrungen können wir alles dafür tun, diese Risiken zu minimieren.» Viele Zweifel könnten bei der Umsetzung ausgeräumt werden; jetzt gehe es erst einmal um die Grundlage. «Es wäre das Schlimmste, aus Angst nichts zu tun. Gerade im digitalen Bereich rächt sich das in wenigen Jahren.»

Ganz ähnlich wie die IHZ argumentiert auch der Luzerner Regierungsrat. Er begrüsst die

Vorlage ausdrücklich. Positiv ist das Bundesgesetz auch bei den Luzerner Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier angekommen. So verteidigte die damalige CVP-Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger an der Frühlingssession 2019 den Plan, die E-IDs von Unternehmen herausgeben zu lassen. Sie sagte namens der Kommission für Rechtsfragen: «Der Staat gibt seine Kernaufgabe bei der Ausstellung einer E-ID nicht aus der Hand. Er wird für die amtliche Prüfung und Bestätigung der Existenz einer Person und für die Festlegung der Identitätsmerkmale zuständig sein.»

An der Schlussabstimmung im Nationalrat hat sich SP-Politikerin Prisca Birrer-Heimo der Stimme enthalten, Grüne-Vertreter Michael Töngi drückte auf den Nein-Knopf. Alle anderen Luzerner Parlamentarier haben sich für das Bundesgesetz ausgesprochen.

Töngi begründet auf Anfrage die Ablehnung mit der falschen Zuständigkeit: «Wenn, dann muss der Staat solche E-IDs herausgeben und deren Daten pflegen. Schliesslich handelt es sich um hochsensible und persönliche Daten.» Zudem sei der Datenschutz mit dem vorliegenden Gesetz ungenügend. Der Vergleich mit den analogen Pässen hinke, denn während der Pass oder die physische ID nach Erhalt zu Hause liegt, sei ein virtueller Ausweis mit den entstehenden Daten auf privaten Servern gespeichert.

Überall wird wegen Corona demonstriert – ausser in Luzern

Ob in Zug, Stans oder Schwyz: Regelmässig gibt es Demos wegen Coronamassnahmen. In Luzern liegt die letzte Aktion neun Monate zurück.

Sie finden Zwangsschliessungen von Betrieben übertrieben und die Tragepflicht von Schutzmasken kontraproduktiv für die eigene Gesundheit: Skeptiker von Coronamassnahmen. Ihre Meinung dürfen sie auch in diesen Zeiten öffentlich kundtun, was auch in der Zentralschweiz regelmässig gemacht wird:

– Rund 350 Teilnehmer marschierten am 5. September 2020 vom Bahnhof in **Flüelen** zum Teildenkmal in **Altdorf**. Am bewilligten Anlass wehrten sie sich insbesondere gegen die Maskentragpflicht.

– Am 21. November 2020 gab es in **Lachen** eine bewilligte Kundgebung mit 1000 Teilnehmern gegen die verschärften Coronamassnahmen.

– Die bewilligte Kundgebung des «Aktionsbündnisses der Urkantone» in **Altdorf, Sarnen, Stans** und **Schwyz** hat am 9. Januar dieses Jahres 1300 Personen angezogen, 600 weitere schalten den Livestream ein. Das Schwyzer Verwaltungsgericht hob im Vorfeld sogar noch Einschränkungen des Regierungsrats auf.



Der Protestmarsch in Zug mit 800 Teilnehmern am Samstag verlief laut der Zuger Polizei ohne Zwischenfälle. Bild: Matthias Jurt (6. Februar 2021)

– In **Zug** marschierten am Samstag rund 800 Skeptiker vom Bahnhof zum Landsgemeindeplatz. Die Behörden haben den Anlass bewilligt.

In der mit über 82 000 Einwohnern grössten Zentralschweizer **Stadt Luzern** ist es bis jetzt sehr ruhig geblieben. Und das, obwohl es in der Stadt und Agglo-

meration durchaus Skeptiker gibt. Den Arzt aus **Ebikon** zum Beispiel, der unrechtmässig Maskendispensen ausgestellt hat. Das einzige Ereignis zum The-

ma Coronaskepsis datiert vom 16. Mai 2020. Dabei handelte es sich um eine unbewilligte Mahnwache auf dem Bahnhofplatz. Mario Lütolf, Leiter Stadtraum

und Veranstaltungen bei der Stadt Luzern, bestätigt auf Anfrage, dass dies der letzte Anlass dieser Art war. Sollten Gesuche für eine Demonstration eintreffen, würden diese zusammen mit der Luzerner Polizei sorgfältig geprüft und in der Regel unter Auflagen auch bewilligt. Damit widerspricht er auch Gerüchten, die bei Corona-Skeptikern die Runde machen, wonach Luzern keine Bewilligungen ausstellen würde. «Der Platz Luzern scheint eine gemässigte Corona-Skeptiker-Szene zu haben», mutmasset Lütolf.

Die Stadt erteilt Organisatoren regelmässig grünes Licht für Kundgebungen, sagt Mario Lütolf. So haben kürzlich 300 Personen für den Erhalt des Eichwäldli demonstriert. Bewilligt war für letzten Samstag auch eine Lauf-Kundgebung des kurdischen Kultur- und Integrationsvereins. Derweil mehrten sich die Anfragen von Organisatoren traditioneller Anlässe wie dem City-Marathon oder dem Stadtlauf: «Dabei geht es insbesondere um den Umgang mit möglichen Auflagen, falls Lockerungen beschlossen würden.»

Alexander von Däniken